

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 13. November 1919, Nr. 447.

Kartoffelabgabe. Freitag bis Montag werden im 10. und 11. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 3.40 per kg, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „S“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Wohnungsbegehungen. Das Ergebnis der Wohnungsaufnahmekommissionen für den ersten Tag ihrer Tätigkeit, Montag, den 10. ds. ist folgendes: 1115 Gebäude wurden begangen und 13.297 darin befindliche Wohnungen aufgenommen. 237 Wohnungen wurden ganz, 321 teilweise als zur Anforderung geeignet befunden.

Rückkehr von Wiener Studenten aus der Schweiz. Ende Oktober sind 400 Wiener Studenten nach 6 bis 8 wöchigem Aufenthalt in der Schweiz nach Wien zurückgekehrt. Das schweizerische Zentralkomitee der Hilfsaktion für Wiener Studenten hat an den Stadtrat ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heisst: Es freut uns mitteilen zu können, das die schweizerischen Gastgeber ihre Gäste nur ungern wegziehen liessen, nachdem sich während der 5 Ferienwochen zwischen den Studenten und den Gastgebern ein recht herzliches Verhältnis gebildet hatte. Die Feriengäste, die ihrem Vaterlande alle Ehre gemacht haben, werden bei uns stets in bester Erinnerung bleiben. Für uns Schweizer Studenten war es eine freudige Pflicht, den Kommilitonen Oesterreichs zu helfen, als wir ihre Not und ihr Elend sahen. Zu unserer grossen Freude hat sich die Grosszahl der Gäste körperlich und geistig gut erholt. Durch die Ferienaktion sind zwischen Wiener und Schweizer Studenten die besten Beziehungen angeknüpft worden, Beziehungen, die es verdienen, weiter gepflegt und weiter ausgebaut zu werden. Der Zentralkomitee wird alles einsetzen, um auch fernerhin seinen Wiener Kollegen Hilfe zu bringen. Heute schon ist es gelungen, etwa 30 Wiener Studenten einen Schweizer Aufenthalt für den ganzen Winter zu ermöglichen, wobei es sich zum Teil um Kranke, zum Teil um besonders bedürftige Studenten handelt. Damit ist aber die Aktion noch nicht beendet. Wir werden mit den Studentenschaften sämtlicher an den Folgen des Krieges leidenden Nationen von Bern aus in Fühlung zu treten suchen, um auf unserem streng neutralen Boden auch unsererseits an dem Gedanken der Völkerveröhnung mitarbeiten zu können. Wenn wir uns dabei an die Studentenschaften wenden, so geschieht dies deshalb weil wir in den Studenten von heute die Männer der Zukunft erblicken. Wir sind uns dabei voll und ganz bewusst, das vor allem Wien es ist, das unserer Hilfe am dringendsten bedürftig ist. - Dieses Schreiben brachte VB. Winter heute im Stadtrate zur Kenntnis und bemerkte dazu, das mit dem gleichen Zuge, der die Wiener Studenten brachte, auch 850 Wiener Kinder geistig und körperlich gestärkt aus der Schweiz zurückgekehrt sind. Viele von ihnen haben in wenigen Wochen eine merkliche Gewichtszunahme aufzuweisen.

Die Entschädigungsfrage bei Einquartierungen.

Seit dem Jahre 1902 waren in der Realität Schützengasse Nr. 25, die den Brüdern Anton und Josef Nagler gehört, (Anton Nagler ist der seit Jahren im Landtag tätige christlichsoziale Abgeordnete) einige Landwehr-Artillerie-Formationen einquartiert. Mit Kriegsausbruch wurden die Bequartierungen äusserst verstärkt, so das die Gebäude und Stallungen sehr stark in An-

spruch genommen wurden. Mit Kriegsende fand die gesetzmässig vorgeschriebene Schätzung der entstandenen Abnutzung und Schäden in den Baulichkeiten statt. Diese Schätzung ergab einen Gesamtschadenbetrag von 158.000 K. Der Ertrag ist vom liquidierenden Ministerium für Landesverteidigung anerkannt und von diesem auch zu bezahlen. Das bevollmächtigte Kollegium hat jedoch wegen Mangel an Zahlungsmitteln die Zahlung abgelehnt. Die Brüder Nagler sind nun an die Gemeinde Wien herangetreten und verlangen unter Prozessandrohung die Bezahlung des Betrages von der Gemeinde Wien, indem sie die Behauptung aufstellen, das die Gemeinde Wien die Mieterin dieses Objektes gewesen sein soll und daher für die durch die Einquartierung entstandenen Schäden aufzukommen habe. Begründet wird das Ansuchen sachlich damit, das es den Brüdern Nagler schwer fällt, aus Eigenem vor Auszahlung des Ersatzbetrages die Gebäude wieder herzustellen. Diese Begründung ist gewiss unrichtig, weil die Brüder Nagler aus der Bequartierung sicherlich einen grossen Gewinn gezogen haben. Im Stadtrate wurde daher über Antrag des StR. Dr. Fritz Winter die Ablehnung dieses Ansuchens der Brüder Nagler beschlossen. Die Gemeinde Wien erscheint in Einquartierungsangelegenheiten nicht als Mieterin von Gebäuden, sondern nur als Hilfsorgan des Militärärzters im übertragenen Wirkungskreise und hat daher unmöglich irgendeine Haftung zu tragen.

Der Mietzins für die Häuser in der Tannbrugggasse. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Scheu über die Mietzinsfeststellung im Hause Tannbrugggasse Nr. 33. Er betonte, das er dem Stadtrate die erfreuliche Mitteilung machen könne, das dieses Haus, dessen Ausführung dem Stadtbaumeister Melcher übertragen worden war, bereits fertiggestellt ist und der Benützungskonsens erteilt wird. Im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung und dem Arbeiterrate wurden die Mietzinse bereits bestimmt und werden für eine Wohnung bestehend aus 2 Zimmern, Küche, Kammer und Vorzimmer im ersten Stock 1050 K, im zweiten Stock 1020 K, im dritten Stock 960 K und im Erdgeschoß 1020 K verlangt werden. Die Wohnungszinse seien durchwegs auf dem Niveau gehalten, wie die Zinse für Kleinwohnungen in Meidling gerechnet werden. Ausserdem teilte der Referent mit, das bei den Baukosten keine Überschreitung, sondern sogar Ersparungen gemacht worden seien.

Bgm. Reumann bemerkte dazu, das auch für Bäder und für gemeinschaftliche Räume für die Kinder in diesem Hause vorgesorgt worden sei. Er glaube, die Gemeinde habe Recht gehandelt, das sie den Stadtbaumeister Melcher mit der Ausführung dieses Baues beauftragt habe. Es stelle sich in diesem Falle neuerlich heraus, das alle Anwürfe, die von oppositioneller Seite gegen Melcher erhoben worden, nicht stichhältig seien. Man könne dem Stadtbaumeister Melcher nur dankbar sein, das er den Bau so rasch zur Durchführung gebracht habe. Die vom Referenten beantragten Mietzinse wurden angenommen.

Ausgestaltung eines Kinderspielplatzes. VB. Winter referierte in der heutigen Stadtratsitzung über die Ausgestaltung eines Kinderspielplatzes im Garten des ehemaligen Zivildispensates in der Josefstädterstrasse. Durch einen Teil dieses Gartens hätte die Pfeilgasse durchgeführt werden sollen, doch sei von diesem Plane Abstand genommen worden, sodaß der Garten vollständig für Zwecke der Jugendfürsorge erhalten bleiben könne. Die Adaptierungen, die vorgenommen werden müssen, seien nur geringfügig. Weiters bemerkte der Referent, das das rückwärtige Haus dieses Dispensates für die Unterbringung für sozialdemokratische und christlichsoziale Fürsorgeorganisationen in Aussicht genommen worden seien. Es sei damit der Versuch unternommen die Fürsorgeaktionen aller politischen Parteilichkeit zu entkleiden und gleichzeitig eine Verringerung der Kosten dadurch herbeizuführen, das gewisse Einrichtungen von allen Organisationen gemeinsam benützt werden können. Der Referentenantrag wurde einhellig ohne Debatte angenommen.

Die amerikanische Ausspeisung. Unter dem Titel „Vienna public Feeding G.m.b.H.“ wird künftighin der amerikanische Ausspeisedienst, an dessen Spitze Dr. Geist steht, geführt werden. Über diese Angelegenheit berichtete heute im Stadtrate StR. Breitner und es wurde beschlossen, das unter der Beteiligung des Staates und der Gemeinde die obengenannte Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet werde, deren Stammkapital 20 Millionen Kronen beträgt, und dass vorläufig die Hälfte zu gleichen Teilen von Staat und Gemeinde eingezahlt wird. Mit diesem Betrage könnte indes bei der grossen Ausdehnung, welche die Aktion erfahren soll, nicht das Auslangen gefunden werden. Es ist aber bereits gelungen auch in dieser Beziehung volle Vorsorge zu treffen und einen Betriebskredit von 100 Millionen Kronen für ein Jahr und zu dem günstigen Zinsfusse von $3\frac{1}{2}$ % von den Banken zu erhalten. Die Geschäfte werden durch drei Geschäftsführer besorgt werden. Doch sind vorläufig erst zwei Stellen zur Besetzung gelangt. Die eine wurde mit Generaldirektor Herman Deri von der amtlichen Uebernahmsstelle für Vieh und Fleisch, die andere Stelle mit dem Vicepräsidenten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt Herman Reif besetzt. Es sind also zwei der hervorragendsten Fachmänner, die über das grösste Mass von Erfahrung in unseren Währungsfragen verfügen, für diese Gesellschaft gewonnen worden. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Personen, von denen zwei seitens des Staates vorgeschlagen werden. Die Gemeinde Wien stellt gleichfalls zwei Vertreter bei und als solche wurde StR. Kokrda und GR. Prof. Dr. Fränkel delegiert. Die amerikanische Aktion ist durch Dr. Geist, Prof. Pirquet und Dr. Jerome Stomborough vertreten. Als Präsident des Aufsichtsrates fungiert Dr. Geist. Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt. Ein allfälliger Liquidierungsgewinn ist gemeinnützigen Zwecken zu widmen.

Zusammenschluss aller Verbände der öffentlichen Angestellten. Bei der am 13. November 1919 von Vertretern des Zentralverbandes der Staatsangestellten-Verbindungen, des Verbandes der Angestellten der Gemeinde Wien und der Gewerkschaft der Landesangestellten abgehaltenen Besprechung wurde einstimmig beschlossen, einen Zusammenschluss aller Verbände der öffentlichen Angestellten in Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen mit Staat, Land und Gemeinde Wien über die Anpassung der Löhne und Gehalte an die Preise der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände herbeizuführen und für alle Zukunft aufrecht zu erhalten. Zunächst werden sich diese Verbände, die ungefähr 90.000 Angestellte vertreten, zu einer für alle angeschlossenen Vereine verbindlichen Organisation zusammenschliessen, die allein in Hinkunft berechtigt sein soll, über allgemeine Fragen mit den öffentlichen Faktoren zu verhandeln. Diese Zentralorganisation wird auch über alle Massnahmen zu beschliessen haben, die im Falle der Nichtberücksichtigung der berechtigten Forderungen einer angeschlossenen Angestelltengruppe zu ergreifen sind. Die Vertreter der erwähnten Verbände, die noch mit den Organisationen der Verkehrsbeamten und der noch nicht zentralvertretenen Landesorganisationen verhandeln werden, ersuchen hiemit alle Organisationen öffentlicher Angestellter, die in den erwähnten Verbänden nicht vertreten sind, dem Verband der städtischen Angestellten (I. Neues Rathaus, IV. Stiege, 2. Stock) ihre Anschriften zwecks Zuziehung zu den Verhandlungen bekanntzugeben zu wollen. Die neue Zentralorganisation wird das machtvollste Mittel zur Vertretung der Angestellten sein, der Zersplitterung, die bis jetzt nur immer den Gegnern der Angestellten nützte, ein für allemal ein Ende machen und der Stimme der öffentlichen Angestellten unbedingt stets Gehör verschaffen.